



Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

3. Sitzung (öffentlich)

9. November 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:05 Uhr bis 12:26 Uhr

Vorsitz: Dr. Robin Korte (GRÜNE)

Protokoll: Vanessa Kriele

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	3
1	Arbeit der Clearingstelle Mittelstand des Landes Nordrhein-Westfalen und Bewertung der durchgeführten Verfahren	4
	Bericht des Mittelstandsbeirats Vorlage 18/225	
	– mündlicher Bericht des Mittelstandsbeirats und der Clearing- stelle Mittelstand	
	– Wortbeiträge	
2	Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023)	15
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/1200	
	Vorlage 18/348 (Erläuterungsband zum Einzelband 14)	

Ergänzung
der Landesregierung
zum Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/1500

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/388

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

3 Energiekrise – Auswirkungen und Maßnahmen 23

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/441 (*nachträglich erschienen*)

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

4 Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen 29

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/247

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

5 Verschiedenes 35

- keine Wortbeiträge

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Dr. Robin Korte weist auf technische Probleme bei der Videokonferenz hin und erklärt, die Landtagsverwaltung bemühe sich um Abhilfe.

1 Arbeit der Clearingstelle Mittelstand des Landes Nordrhein-Westfalen und Bewertung der durchgeführten Verfahren

Bericht
des Mittelstandsbeirats
Vorlage 18/225

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Ich begrüße ganz herzlich Herrn Arndt Kirchhoff, den Vorsitzenden des Mittelstandsbeirats, Herrn Felsch, ebenfalls vom Mittelstandsbeirat – wenn ich es richtig abgespeichert habe –, und Herrn Bleeck in Vertretung von Frau Jahn, die die Clearingstelle Mittelstand leitet und heute leider nicht teilnehmen kann.

Der Mittelstandsbeirat stellt seine Berichte einmal im Jahr vor. Da der Ausschuss in dieser Legislaturperiode neu zusammengesetzt ist, erleben viele Mitglieder des Ausschusses und auch ich den Bericht der Clearingstelle und des Mittelstandsbeirats heute zum ersten Mal. Ich möchte daher kurz darstellen, auf welcher Grundlage Sie hier berichten.

Gemäß § 9 des Mittelstandsfördergesetzes in Nordrhein-Westfalen wird die Wirksamkeit der Verfahren zur Einbeziehung des Mittelstands nach § 6 sowie die Gestaltung und Umsetzung der Arbeitsprogramme Mittelstand einmal jährlich durch den Mittelstandsbeirat der Landesregierung bewertet. Der Beirat berichtet uns als dem zuständigen Landtagsausschuss einmal im Jahr über das Ergebnis seiner Bewertungen. Damit übergebe ich Ihnen das Wort, Herr Kirchhoff.

Arndt Kirchhoff (Mittelstandsbeirat): Zunächst ganz herzlichen Dank für die jährliche Einladung hier ins Parlament und in den Ausschuss. In dieser neuen Legislaturperiode bin ich zum ersten Mal zu Gast. Es ist mir eine Ehre, mittlerweile in der dritten Legislaturperiode zu Ihnen kommen zu dürfen, und damit solange, wie es den Mittelstandsbeirat überhaupt gibt.

Der Mittelstand als solcher ist neben unserer Verfasstheit durch die im Grundgesetz verankerten Prinzipien „Rechtstaatlichkeit“ und „soziale Marktwirtschaft“ die tragende Säule unseres Wirtschaftssystems. Mittelstand ist fast überall enthalten. Über 99 % der Unternehmen sind mittelständisch. Das gilt nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa. Unser Wirtschaftssystem wird eigentlich von den kleinen bis mittelständischen Unternehmen geführt. Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl der 23 Millionen mittelständischen Unternehmen in Europa liegt bei sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. In Deutschland sind es sieben.

In den Zeitungen liest man immer von Hunderten oder Tausenden, aber als Mittelstand gelten laut Definition der EU nur Unternehmen mit bis zu ungefähr 250 Personen. Über diese Definition wird in Brüssel diskutiert, aber das lassen wir außen vor. Der klassische Mittelstand beschäftigt durchschnittlich sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ist damit wirklich klein.

Deswegen ist es gut, dass die Landesregierung hier vor drei Legislaturperioden unter der Führung der Ministerpräsidentin Kraft das Mittelstandsgesetz beschlossen hat. In

der vergangenen Legislaturperiode ist es unter Ministerpräsident Laschet novelliert worden. Wir hatten vor etwa drei Wochen unter Führung von Frau Ministerin Neubaur die erste gemeinsame Sitzung mit der neuen Landesregierung.

Besonders wichtig ist uns natürlich der Austausch und das Miteinander mit dem Parlament, mit Ihnen, den gewählten Vertreterinnen und Vertretern, weil Sie die Beschlüsse fassen.

Der Mittelstandsausschuss und die Clearingstelle arbeiten völlig neutral. Hinter dem vielleicht etwas abstrakt klingenden Begriff „Clearingstelle“ stehen Personen wie Herr Bleeck und Frau Jahn. Die Clearingstelle sitzt wie eine Spinne im Netz zwischen den Verbänden, den Sozialpartnern, den Gewerkschaften und auch den Unternehmens- und Verbandsvertretern aus Wirtschaft und Handel, IHK und Handwerk. Für diese Gruppe habe ich praktisch nur die Sprecherfunktion.

Wir treffen uns regelmäßig im Wirtschaftsministerium bzw. jetzt im Wirtschafts- und Klimaministerium, um dort die von der Clearingstelle zusammengestellten und begutachteten mittelstandsrelevanten Sachverhalte zu besprechen. Daher ist uns eine frühzeitige Einbeziehung wichtig.

Wir machen dies alles auch, damit Verwaltung und Politik davon profitieren. Wir haben – das ist völlig klar – nur eine beratende Funktion. Die Entscheidung, was gemacht wird, trifft natürlich der Landtag, also das Parlament. Wir können nur Vorschläge machen, beraten und zusammenfassen. Es ist uns sehr wichtig, dabei nicht zum Spielball politischer Auseinandersetzungen zu werden. Wir versuchen, diese bereits im Vorfeld herauszunehmen, und sind völlig neutral.

Sie werten es dann im Parlament möglicherweise politisch ein. Das ist allerdings nicht unser Thema. Ihnen ist jetzt der 2021er Bericht zugegangen. Alles, was in diesem jährlich vorzulegenden Bericht steht, ist schon einmal abgestimmt. Natürlich werden dabei auch Kompromisse gemacht, das ist in unserem demokratischen System klar. Aber Sie werden darin keinerlei parteipolitische Aussagen finden.

Nach einer rot-grünen und einer schwarz-gelben haben wir jetzt eine schwarz-grüne Landesregierung. Auch in deren Koalitionsvertrag steht, dass die Clearingstelle institutionell gestärkt werden soll, weil sie für die Wirtschaft in unserem Land von besonderer Bedeutung ist. Wir begrüßen das natürlich und schauen mit Interesse auf die Vorschläge der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen.

Generell arbeiten wir sehr gut mit der Clearingstelle, mit Frau Jahn und Herrn Bleeck, zusammen. Die schon genannten, beteiligten Organisationen vertreten zum Teil wirklich unterschiedliche Sichtweisen und Interessen, die wir in einem Dialog zusammenfassen und bündeln. Es ist sehr wichtig, dies auf transparente Weise zu tun.

Das Ganze funktioniert folgendermaßen: Unsere Arbeit beginnt mit einem Kabinettsbeschluss. Das Kabinett, also die Regierung, gibt die Richtung vor. Wir arbeiten so schnell wie möglich, sodass wir Ihnen schon vor einem Gesetzgebungsverfahren im Landtag die Stellungnahmen liefern, die Sie dann beurteilen mögen.

2021 – das finden Sie im Bericht – hatten wir 17 Clearingverfahren, darunter zehn mit Mittelstandsrelevanzprüfungen. Das ist eine relativ hohe Zahl und setzt die Arbeitsbelastung aus den vergangenen Jahren fort.

In diesem Jahr 2022 haben wir bisher erst elf Verfahren durchgeführt. Diese relativ niedrige Zahl mag auch an dem Regierungswechsel liegen. Es sind derzeit nicht so viele Gesetze in der Pipeline. Wir haben jedoch im laufenden Jahr bisher auch nur von vier verschiedenen Ministerien Vorlagen erhalten. Zwei der vier Vorlagen stammen aus der alten Regierungszeit und zwei aus der neuen. Zuvor waren es insgesamt fünf bis sieben. Wahrscheinlich befinden wir uns in einer Warmlaufperiode.

Wir würden uns natürlich freuen, wenn die Breite der Ministerien uns jeweils Vorlagen geben würde, damit wir ein Clearingverfahren durchführen können. Darauf sind nicht nur wir angewiesen, sondern auch das Wirtschafts- und Klimaministerium, das am Ende alles bündelt.

Wir führen Clearingverfahren für Vorhaben auf drei verschiedenen Ebenen durch. Die 17 Verfahren von 2021 teilen sich in sechs Landesvorhaben, acht Bundesvorhaben und drei EU-Vorhaben auf. Wir beurteilen auch Bundesgesetze und können über das Land dann über den Bundesrat Einfluss nehmen. Auch die EU-Vorhaben sind wichtig, weil die meisten Gesetze – gut 75 % – bei der EU gemacht werden, aber auf Bund und Land zurückwirken.

Bei den Landesvorhaben können wir am unmittelbarsten beraten. Bei Bundes- und EU-Vorhaben sind wir natürlich ein Stückchen weiter weg. Wir haben dort aber auch zunehmend Bedeutung erlangt, weil wir die NRW-spezifischen Interessen bei diesen Gesetzen herausarbeiten. Wir müssen daran denken, dass es uns und auch der Landesregierung in allererster Linie um für NRW relevante Dinge geht. Das ist unser Auftrag, und dazu sind wir aufgerufen.

Ich möchte einige Anmerkungen wiederholen, die wir früher schon gemacht haben. Im Tagesgeschäft übersieht man sie oft. Den größtmöglichen Nutzung bringen die Clearingverfahren und die Arbeit der Clearingstelle, wenn wir möglichst frühzeitig beteiligt werden. Es liegt an Ihnen und den einzelnen Ministerien, dies schnell zu schaffen. Sie kennen das: Manchmal läuft einem die Zeit davon, und man hat nur noch wenige Tage. Dadurch wird die Arbeit nicht besser. Es sollten uns daher auch keine zu kurzen Antwortfristen gesetzt werden.

Ich will mich über Nordrhein-Westfalen und Düsseldorf gar nicht beklagen. In Berlin – das wissen Sie – wird Verbänden wie dem BDI und dem BDA sowie den Gewerkschaften bei manchen Gesetzesvorschlägen ein Tag Zeit eingeräumt. Das ist schwierig und läuft hier sehr viel besser.

Man sollte übrigens auch keine parallelen Verbändeanhörungen initiieren. Dies wird in der Regel auch nicht gemacht, ich sage es nur der Vollständigkeit halber. Wir veranstalten diese nämlich auch. Bei uns sitzen dieselben Verbände, das Handwerk, die Kammern und die Gewerkschaften, und zwar nicht nur der DGB, sondern auch dessen Mitgliedsgewerkschaften. Wenn Sie die Verbände noch einmal fragen, antworten diese Ihnen natürlich. Diese Doppelarbeit führt jedoch eher zur Verwirrung. Sie können es sich einfacher machen, weil wir das ohnehin sammeln und berücksichtigen.

Entsprechend der Novelle aus der vergangenen Legislaturperiode dürfen wir uns jetzt in einem neuen Verfahren bestehende Gesetze anschauen und nach nicht gerade mittelstandsfreundlichen Dingen durchforsten. Das ist meines Erachtens sehr wichtig. Das Stichwort lautet „Bürokratie“. Wir alle kennen das und wissen, dass wir eine ganze Menge einzelner Steinchen aus dem Weg räumen müssen, um im Planungs- und Genehmigungsverfahren und in der Erreichung unserer Klimaziele schneller zu werden.

In früher verabschiedeten Gesetzen findet sich manches, bei dem man sich fragt, ob man diese Schleife auch noch drehen muss. Wenn wir das vereinfachen können, machen wir Ihnen gerne einen Vorschlag dazu. Dann können Sie beurteilen, ob etwas überholt ist, oder wir es noch unbedingt brauchen. Wie bereits gesagt, haben wir dies nicht zu beurteilen. Wir identifizieren die Themen. In unserer jüngsten Sitzung haben wir entschieden, in dem soeben genannten Zusammenhang und im Bestand insbesondere drei Themenfelder in den Blick zu nehmen. Wir haben diese noch nicht ausgearbeitet, daher will ich Sie nur über die Überschriften informieren.

Erstens geht es um Möglichkeiten für ein effizientes Vergaberecht. Das Vergaberecht ist insbesondere bei europäischen Verfahren kompliziert. Wie können wir es effizienter und vor allem mittelstandsfreundlich gestalten, sodass auch kleine Betriebe, Handwerksbetriebe daran teilnehmen können?

Zweitens fragen wir uns, wie wir – auch im Gebäudebestand – zu schnelleren Genehmigungsverfahren beim Ausbau und Aufbau von erneuerbaren Energien kommen. Diese Schwerpunkte werden auch von der Politik vorgegeben.

Drittens geht es darum, wie wir zu einer optimierten Flächenausweisung für den Mittelstand kommen.

Zu diesen drei, in der vergangenen Sitzung mit der Ministerin vereinbarten Schwerpunkten werden wir uns die relevanten und konkreten Normen im bestehenden Landesrecht anschauen und Ihnen Vorschläge machen. Die Entscheidung liegt dann im Wirtschaftsministerium und geht im weiteren Verfahren durch Kabinett und Regierung ans Parlament. Ich kann nur dafür werben, dass Sie dies nutzen und mit uns auch kommunizieren.

Ich möchte zuallererst der Clearingstelle ganz herzlich danken, die die Arbeit macht. Zudem danke ich den beteiligten Organisationen und dem Wirtschaftsministerium, mit dem wir unabhängig von der Farbenlehre gut zusammenarbeiten, und Ihnen als Abgeordnete, die am Ende die Entscheidung treffen. Ich danke Ihnen heute für die Aufmerksamkeit, und denen, die ich hier schon öfter gesehen habe, auch für die Zusammenarbeit. Auch wenn wir hier nur einmal im Jahr auftreten, sind wir für Sie jeden Tag ansprechbar. Nutzen Sie es einfach. Wir wollen es auch nicht zu kompliziert machen und überbürokratisieren, Sie können unsere Aktivitäten tagesgenau verfolgen und uns im Zweifel ansprechen.

Martin Bleeck (Clearingstelle Mittelstand): Ich würde gerne auch ein paar Punkte ansprechen. Zunächst einmal vielen Dank für die uns eingeräumte Möglichkeit, über die Clearingstelle sowohl in Bezug auf die Institution als auch auf ihren gesetzlichen

Aufgabenbereich zu berichten. Erfreulicherweise feiern wir nächstes Jahr unser zehnjähriges Bestehen.

Die Clearingstelle wurde 2013 zunächst befristet eingerichtet und 2016 entfristet. Sie hat sich über die Jahre zu einer Beratungsinstitution für die gesamte Landesregierung in Bezug auf mittelstandsrelevante Fragestellungen im Rahmen von Rechtssetzungsverfahren entwickelt.

Die Beratungsleistung, die Herr Kirchhoff auch schon ansprach, hat sich seither bei circa 20 durchgeführten Clearingverfahren jährlich eingependelt. Die Clearingstelle unterzieht Verordnungen und Gesetzesvorhaben der Landesregierung, einer Prüfung mit Blick auf mittelständische Belange, zudem wird ihre Beratungsleistung zu Bundes- und EU-Vorhaben nachgefragt. Eine Übersicht finden Sie auf Seite 34 des Tätigkeitsberichts.

Die Clearingstelle ist auch Vorbild für andere Bundesländer. So hat sich etwa das Land Niedersachsen beim Aufbau der eigenen Clearingstelle an NRW orientiert. Zudem wird im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren anderer Bundesländer auf veröffentlichte Stellungnahmen der Clearingstelle verwiesen.

Bezüglich der von Herrn Kirchhoff angesprochenen bisher nur elf durchgeführten Verfahren geben das novellierte MFG und die im Zukunftsvertrag getroffene Aussage, die Clearingstelle institutionell stärken zu wollen, Anlass zur Hoffnung, dass sich diese Delle nicht fortsetzt und wir die etablierte Anzahl der Clearingverfahren wieder erreichen.

Der Zukunftsvertrag mit seinen breit gefächerten Aufgaben, die auf Landesebene angegangen und auf Bundes- und EU-Ebene angestoßen werden sollen, gepaart mit der Möglichkeit, nun auch mit der Überprüfung von Bestandsnormen beauftragt zu werden, bieten ein großes Einbindungspotenzial. Ich rufe alle gern dazu auf, dieses zu nutzen.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Herr Kirchhoff, Herr Bleeck, vielen Dank für die Einführung. Gibt es Rückfragen an die Clearingstelle oder den Mittelstandsbeirat bzw. den Wunsch nach einer Aussprache? Ich würde vorschlagen, dass wir die möglichen Fragen sammeln und diese am Ende beantwortet werden.

Björn Franken (CDU): Ich möchte keine Aussprache forcieren, es ist uns als CDU jedoch ein Anliegen, Ihnen, Herr Kirchhoff, liebe Mitstreiter, für Ihre Arbeit im Beirat und in der Clearingstelle zu danken.

Ich habe den Bericht mit großem Interesse gelesen. Besonders gut finde ich, dass er übersichtlich – bei Gesetzesvorhaben kann das auch anders sein –, leserfreundlich und prägnant auf den Punkt gebracht ist. Zudem zeigt er sehr eindrücklich, mit welchem Themenspektrum Sie sich beschäftigen. Sie sind nicht auf ein Fachgebiet spezialisiert, sondern decken von der europäischen über die Bundes- bis zur Landesebene, vom Denkmalschutz über die Kreislaufwirtschaft bis zum European Green Deal alles ab und prüfen einige wirklich dicke Pfunde.

Die MFG-Novellierung hat im März stattgefunden. Welche Möglichkeiten sehen Sie, sich auch bestehende Gesetze – unter anderem im Zusammenhang mit befristeten Tatbeständen; auch in diese Richtung haben wir es ausgeweitet – anzuschauen?

Genau wie Sie möchte auch ich die Landesregierung ermuntern, in Bezug auf neue, aber auch auf alte Gesetzesvorhaben kräftig von der Clearingstelle Gebrauch zu machen. Das werden wir sicherlich auch noch einmal weitergeben.

Dietmar Brockes (FDP): Vielen Dank, Herr Kirchhoff und Herr Felsch, dass Sie uns heute wieder zur Verfügung stehen. Vonseiten meiner Fraktion auch einen ganz herzlichen Dank für Ihre Arbeit in der Clearingstelle und im Mittelstandsbeirat. Letzterer arbeitet ehrenamtlich. Deswegen kann man den Dank gar nicht oft genug äußern. Bitte geben Sie diesen auch an Ihre Mitstreiter und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter, die Ihnen im Hintergrund zuarbeiten.

Meines Erachtens ist das ein sehr gutes und wichtiges Instrument, dessen Historie Sie vorhin erwähnten. Die Politik ist dadurch noch näher an den Anliegen der Wirtschaft und gerade auch des Mittelstandes dran. Deshalb kann auch ich sie nur ermutigen, Ihre Möglichkeiten auch zu nutzen.

Anlass des Vortrags ist der Tätigkeitsbericht des Jahres 2021, das gefühlt schon wieder eine Ewigkeit zurückliegt. Auch in Anbetracht der seitherigen Entwicklung der Lage würde ich mich dem Kollegen Franken gern anschließen. Wir haben Ihnen in der vergangenen Legislaturperiode ein paar neue Instrumente an die Hand gegeben. Wie ist der Stand der Umsetzung? Inwieweit nutzen Sie diese bereits?

Einige Mitglieder aus dem Mittelstandsbeirat hatten im Vorfeld auch ein Eigeninitiativrecht eingefordert, dass gerade auch bei der FDP Unterstützung fand, sich aber leider in der damaligen Regierungskoalition nicht durchsetzen ließ. Welche Initiativen könnten wir, angesichts der dramatischen Lage in Nordrhein-Westfalen, wo die Konjunktur so stark wie in keinem anderen Bundesland eingebrochen ist, von Ihnen erwarten, wenn Sie dieses Initiativrecht jetzt zu Hand hätten?

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Das waren sehr konkrete Fragen. Daher würde ich die Clearingstelle jetzt doch erst einmal antworten lassen. Herr Bleeck oder Herr Kirchhoff, wer möchte?

Arndt Kirchhoff (Mittelstandsbeirat): Ich mache das gerne. Lieber Herr Brockes, lieber Herr Franken, ich kann das vielleicht sogar zusammenfassen. Zuerst einmal vielen Dank für das Lob. Wir werden es an die Gewerkschaften, die IHK, die Handwerker und die Clearingstelle eins zu eins so weiterleiten, wie es gesagt haben. Das wird sie motivieren.

Die drei Themenfelder, die wir jetzt mit der Wirtschafts- und Klimaministerin Neubaur angehen, haben alle etwas mit der Zukunft der Wirtschaft und der Arbeitsplätze in Deutschland zu tun. Wir wissen, dass viel auf dem Spiel steht. Es wird uns jetzt im Rahmen der geopolitischen Entwicklung, der Deglobalisierung und insbesondere auch durch den Krieg vor Augen gehalten, dass wir uns neu sortieren, uns aus bestehenden

zu großen Abhängigkeiten lösen und bezüglich unserer Wertschöpfungsketten neu aufstellen müssen. Fraunhofer hat dazu einen Wertschöpfungsmonitor entwickelt.

Wir müssen unseren neuen Platz erst finden. Wir waren es gewohnt, Exportweltmeister und stärker als jedes andere Land lokalisiert zu sein, also in den Ländern zu arbeiten, in denen wir jetzt Einschränkungen erfahren, wenn wir plötzlich nicht mehr überallhin dürfen oder dort enteignet werden. Mit „wir“ meine ich den deutschen Mittelstand. Das sind zwar auch Großunternehmen, im Wesentlichen aber die vielen deutschen Mittelständler, unter denen die meisten Hidden Champions Deutschlands und der Welt zu finden sind, nämlich mehr als 50 %. Diese Pluspunkte müssen wir verteidigen und das geht nur über Innovation.

Der Global Innovation Monitor betrachtet, was für dafür notwendig ist. Bei Punkt eins, den Human Resources, also unseren Menschen, unseren Köpfe, schneiden wir noch gut ab. Klar wissen wir, dass wir im Bildungssystem und in der Ausbildung besser werden müssen. Das ist Dauerprogramm. Aber wir sind diesbezüglich in der Welt noch an Platz zwei. Das erklärt, warum Unternehmen wie Microsoft oder Apple nach Deutschland kommen und Milliarden investieren. Sie sagen: Hier habe ich die Leute. Wir wissen, dass wir diesbezüglich limitiert sind, aber wir sind noch ganz gut.

Bei den Innovationen sind wir dagegen auf Platz acht abgesackt. Dafür müssen wir mehr tun. Keiner sagt, dass wir immer den ersten Platz belegen müssen, aber trotzdem haben wir in unserem System einen hohen Anspruch.

Beim Thema „Rahmenbedingungen“ und insbesondere bei der Infrastruktur sind wir auf Platz 23 abgerutscht. Zu Nordrhein-Westfalen gibt es im aktuellen Global Innovation Monitor keine Zahlen. Die Zahlen beziehen sich auf Deutschland. Sie müssen uns alle aufschrecken und haben dies auch getan. Schließlich wir wollen doch in die Transformation gehen, dabei führend sein und bezüglich des Klimaschutzes und der Klimaziele mit gutem Beispiel vorangehen. Aktuell stehen die entsprechenden Tagungen an. Auch Ministerin Neubaur wird dabei sein.

Wir wollen auch die Circular Economy, also die Kreislaufwirtschaft, anstoßen. Darüber sprechen wir schon lange. Wir sind zwar mit einer Wiederverwertungsquote von 13 % in Deutschland Nummer eins in der Welt, aber eigentlich ist diese Quote jämmerlich. Die meisten Länder stehen zwar bei einstelligen Zahlen, aber in unseren 13 % sind die Quoten von 90 % bei Stahl und Aluminium eingerechnet, die man anders als zum Beispiel Kunststoffe eins zu eins wiederverwerten kann.

Jeder zusätzlich erreichte Prozentpunkt bedeutet mehr Rohstoffe, über die wir schon verfügen und die wir nicht irgendwoher, zum Beispiel aus kritischen Gegenden wie dem Kongo, importieren müssen. Zuerst gilt es, die schon vorhandenen Rohstoffe anzugehen. Wenn wir diesbezüglich einmal richtig aufholen und in höhere zweistellige Prozentzahlen kommen, werden wir sehen, wie einfach es wird und wie viel weniger abhängig und erpressbar wir sein werden. Dies betrifft die Themen „Nachhaltigkeit“, „Lieferketten“ und all die Gesetze, die es dazu auch noch gibt.

Bei alledem müssen wir natürlich sehen, dass das für den Mittelstand handelbar bleibt. Gemeinsam mit der Politik erlegen wir uns für den Umgang miteinander immer selbst Verordnungen, Maßnahmen und Gesetze auf. Diese dürfen aber nicht dazu führen,

dass sich der Mittelstand dann im Wesentlichen mit solchen administrativen Dingen beschäftigt. Er soll schließlich weiterhin freie Bahn für Innovationen haben und sich dort etwas einfallen lassen, wo die Voraussetzung eigentlich gut sind.

Bei den neuen Spielfeldern müssen wir schließlich sehr aufpassen, dass wir nicht nach dem Motto „Das war schon immer so“ einfach so weitermachen und die Dinge weiterlaufen lassen wie bisher. Die Stichworte lauten „Digitalisierung der Verwaltung“, „Abläufe“, „Planungs- und Genehmigungsverfahren“. Das ist allen klar und kein Parteienproblem. Uns selber nervt es, wenn wir feststellen, wie lange es dauert, bis eine neue Stromleitung oder etwas anderes aufgebaut ist, sei es ein 5G-Mast, ein Stecker oder ein Infrastrukturprojekt.

Entschuldigen Sie die Länge der Antwort. Ich habe die Gelegenheit genutzt, das Ganze einmal in einen Gesamtkontext zu stellen. Aber wir alle sind aufgerufen, bei den vorhin genannten drei Oberthemen ein bisschen Tempo zu machen.

Herr Franken und Herr Brockes, wir haben uns immer ein eigenes Initiativrecht gewünscht, hatten aber auch immer Verständnis dafür, dass demgegenüber eine gewisse Zurückhaltung herrschte. Ich lasse das einmal so stehen. Wenn wir es hätten, könnten wir nun, da wir auch Bestehendes prüfen können, vielleicht noch die eine oder andere Vorlage liefern. Aber die Politik entscheidet, nicht wir.

Christian Loose (AfD): Vielen Dank für Ihre Ausführungen. Herr Kirchhoff, Herr Bleeck und Herr Felsch, wir haben schon ein sehr turbulentes vergangenes Jahr mit hohen Energiepreisen am Jahresende hinter uns. Jetzt ist dies durch die globale Lage und den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg noch einmal forciert worden. Man muss vielleicht zurückschauen und überlegen, was man hätte anders machen sollen oder können.

Sie sprachen die Innovationen an. Sie haben im vergangenen Jahr das Thema „Carbon Leakage“ behandelt und als unzureichend bewertet. Wie würden Sie dies aus heutiger Sicht bewerten?

Wenn Sie zurückblicken und sich zwei Gesetze aussuchen dürften, welche würden Sie sich anschauen, um daran vielleicht Veränderungen vorzunehmen?

Jan Matzoll (GRÜNE): Herr Kirchhoff und Herr Bleeck, vielen Dank für die Vorstellung Ihrer Arbeit. Gerade in der aktuellen Zeit, in der uns bewusst ist, welche transformativen Maßnahmen wir benötigen, ist diese besonders wichtig. Sie hat eine wichtige strategische Funktion. Diejenigen, die die Transformation real umsetzen müssen, können sich an einer strategisch wichtigen Position artikulieren und in die politische Meinungsfindung einbringen.

Zum Thema „Kreislaufwirtschaft“ haben Sie bereits alles abgeräumt, was ich ansonsten noch gefragt hätte. Auch das Thema „Vergaberecht effizienter machen“ haben Sie angesprochen. Die Bedürfnisse und auch Hemmschuhe im Bereich des Vergaberechts sind wahrscheinlich sehr branchenspezifisch. Gibt es dazu eine abgestimmte Position innerhalb des Mittelstands, die entsprechend auf die Politik einwirken kann? Diese habe ich bisher nicht gefunden.

André Stinka (SPD): Auch von der SPD-Fraktion vielen Dank für die gute Darstellung. Wir freuen uns schon auf die Geburtstagsfeier zum zehnten Jahrestag. Letzterer macht sicherlich deutlich, dass die Entscheidung für die Einrichtung der Clearingstelle damals richtig war.

Herr Kirchhoff, Sie haben gerade zu Recht ausgeführt, dass die von der Ministerin gestellten Fragen unter anderem zu den Flächenhemmnissen und dazu, wie die Weichenstellungen im Bereich der Bürokratie vorgenommen werden, für die nächsten Monate ganz entscheidend sind.

Wie sehen Sie die Verankerung Ihrer Arbeit im Mittelstand? Wie erhalten Sie Feedback zu dem, was gut oder schlecht war?

Welche Möglichkeiten sehen Sie, eine gewisse Koordinierung wahrzunehmen? Die IHKs haben Nachhaltigkeitsbeiräte und auch die Handwerkskammern machen etwas. Meines Erachtens wäre es im Sinne einer Beschleunigung gut, wenn sich alle gemeinsam auf drei sinnvolle Punkte einigten. Bei meinen Besuchen im Mittelstand machen die geschäftsführenden Personen immer wieder deutlich – Sie werden dies wissen –, dass gerade diese Transformation sie vor große Herausforderungen stellt, weil sie keine Stabsabteilungen wie etwa ein Dax-Konzern haben.

Sie haben die wichtige Frage der EU aufgeworfen. Das wird uns alle in den kommenden Monaten noch stärker als früher beschäftigen müssen. Wie ist diesbezüglich die Zusammenarbeit und der Austausch mit den Landesbehörden?

Arndt Kirchhoff (Mittelstandsbeirat): Herr Stinka, ich fange hinten an. Im Mittelstandsbeirat sitzen die Vorsitzenden der nordrhein-westfälischen Kammern, des Handwerks, des Landkreistags, des Städtetags, der Gewerkschaften und noch ein paar NGOs. Wir tragen dort schon das zusammen, was in den einzelnen Bereichen erarbeitet wird, und verarbeiten es auch in unseren jeweiligen Berichten. Das mag hier und da verkürzt klingen. Am Ende können wir es nur ansprechen. Die Entscheidung, dass etwas schneller oder schlanker wird, muss der Gesetzgeber dann treffen. Meines Erachtens äußern wir uns jedoch präzise genug.

Das betrifft natürlich auch die Frage, die Herr Matzoll angesprochen hat. Vorhin deutete ich an, woran wir jetzt arbeiten. Wir haben jedoch noch keine Ergebnisse, weil wir gerade erst vereinbart haben, dass wir uns das Vergaberecht, das Planungs- und Genehmigungsrecht, die Zeiträume und die Abläufe ansehen. Das war bisher nicht vorgesehen, weil wir Bestehendes nicht prüfen konnten. Jetzt können wir es.

Wir haben noch kein Initiativrecht. Aber auch ohne dieses werden wir auf genügend Punkte stoßen. Jeder von uns erlebt doch jeden Tag, dass Dinge schneller gehen könnten. Ein Handwerker zum Beispiel bekommt Ausschreibungsunterlagen in der Regel in Papierform. Er kann diese nicht digital beantworten, weil sie dann nicht gelesen werden können. Hat er sie beantwortet, werden sie weitergeleitet und müssen auf dem Dienstweg alle möglichen Stellen passieren. Das ist alles normal, und es soll auch jeder zu seinem Recht kommen, aber wie kann das schneller gehen?

Bei einem Blick in ein normales Unternehmen, in eine Praxis oder einen kleinen Handwerksbetrieb werden Sie feststellen, dass es kein Papier gibt und wir keine Akten mehr

herumreichen müssen. Alles funktioniert digital und ist leicht zu finden. Es muss auch keiner in den Keller gehen und irgendetwas suchen. Wir haben in der Pandemie doch meines Erachtens alle erkannt, dass vieles schwierig werden kann, wenn wir es nicht digitalisieren. Jetzt geht es darum, diese Erkenntnis auch umzusetzen.

Ich will nicht über Aktuelles, kann aber über den vergangenen Landtag sprechen. Damals hat man angesichts der Pandemie gesagt: Oh, wir haben 56 Gesundheitsämter, wir müssten schnell dafür sorgen, dass sie mit derselben Software arbeiten. – Ich bitte Sie, einmal nachzusehen, ob diese Ämter mittlerweile mit derselben Software arbeiten. Für mich wäre das selbstverständlich. Wenn jeder macht, was er will, werden wir uns schwertun. Wir müssen konsequenter darangehen und bestimmte Vorgaben machen.

Das ist im einzelnen Unternehmen natürlich einfacher als in der Politik. Das gebe ich zu. Wenn wir aber nicht die gleiche Sprache sprechen bzw. dieselbe Software benutzen – zum Beispiel in Ministerien, Abteilungen und Rathäusern –, wird es schwer. Am Ende muss einer eine Entscheidung fällen, und wir können das nicht tun. Ich kann nur empfehlen und darum bitten, dass wir uns auf eine gemeinsame Sprache einigen.

Auf Europaebene machen wir das. In der Autoindustrie wird die Sprache „Catena X“, von allen gesprochen, egal ob es sich um VW, Bosch oder kleine Unternehmen handelt und ob sie intern Deutsch, Englisch oder Italienisch sprechen. Nur so können wir weiterkommen. Auch die Politik muss dies irgendwie tun. So schwer ist es nicht, weil es dabei nicht um ideologische Fragestellungen geht, sondern einfach darum, ob wir schneller werden wollen. Können wir die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen, oder nutzen wir sie nicht. So einfach ist das.

Herr Loose, ich kann keine zwei Dinge herausgreifen. Ich verweise auf die Erhebungen bzw. Feststellungen des Bundeswirtschafts- und Klimaministers Habeck, in denen er sagt, in welchem Feld wir wie weit sind, zum Beispiel in der Dekarbonisierung. Ich kann dies nur wiedergeben. Ich will die einzelnen Felder nicht durchgehen. Diese kennen Sie alle. Wir haben festgestellt, dass wir bei allem zurück sind. Das muss jetzt Konsequenzen haben.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Danke für die Ausführungen. Es sind meines Erachtens alle Fragen ausreichend adressiert worden. Ich sehe keine weiteren Meldungen mehr. Bei der Landesregierung besteht jedoch noch der Wunsch, zu ergänzen.

Ministerin Mona Neubaur (MWIKE): Gern nutze ich die Gelegenheit, drei kurze Sätze an den Vorsitzenden des Mittelstandsbeirats, an Herrn Felsch und an den Vertreter der Clearingstelle, Herrn Bleeck, zu richten. Ich bedanke mich ausdrücklich dafür, dass wir in unserer konstituierenden Sitzung vor drei Wochen, meiner Erinnerung nach Mitte Oktober, den Weg zu dem Ziel, Industriestandort zu bleiben, gut beschrieben haben.

Wir haben uns darauf verständigt, keine Konjunktivarbeit zu leisten, sondern in gemeinsamen Werkstattgesprächen mit dem Mittelstandsbeirat, mit Unternehmen und Fachleuten konkrete Hemmnisse zu identifizieren. Wir können darauf nach einer entsprechenden Beratung auch politisch sehr konkret reagieren.

Herzlichen Dank im Namen der Landesregierung für Ihre Arbeit. Ich freue mich auf eine gute, kritische und vor allem konstruktive Zusammenarbeit, die den Wirtschaftsstandort sichert und vor allem für die Belange des Mittelstands als Rückgrat der Wirtschaft Nordrhein-Westfalens einzahlt.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Ich danke Ihnen auch im Namen des Ausschusses für Ihre Arbeit in der Clearingstelle und im Mittelstandsbeirat. Der Dank ist auch in den Redebeiträgen deutlich geworden. Vielen Dank dafür, dass Sie uns heute auf den aktuellen Stand gebracht haben. Es ist deutlich geworden, dass einiges in unserem Bundesland, auch im Vergleich zu anderen Bundesländern schon gut läuft. Danke für den Vergleich zu Niedersachsen und die Ideen für weitere Verbesserungen. Wir bleiben natürlich auch weiterhin im Austausch.